

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 24.06.2013, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
Ausschussmitglieder:	Rudolf Böcker
	Dirk Brumund
	Abbes Mahouachi
	Jürgen Rathkamp
	Steffen Schwärmer
	Elke Vollmer
	Jörg Weden
stellv. Ausschussmitglieder:	Bernd Köhler
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
Gleichstellungsbeauftragte:	Brigitte Kückens (zeitweise anwesend)
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Gerriet Ostendorf
	Antje Schönborn
	Martina Zug

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 06. Mai 2013
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Schadensfall Hallenbad; Sachstandsbericht und weitere Vorgehensweise
- 6.2 Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht
- 6.3 Benennung von Straßen auf dem ehemaligen Kasernengelände

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 06. Mai 2013

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 06. Mai 2013 wird einstimmig genehmigt.

Ratsherr Mahouachi bemerkt zum Tagesordnungspunkt 3.2 nicht öffentlicher Teil an, dass der Zusatz fehlt, dass die Anregung im Ausschuss vorgetragen wurde, die Steine künftig an interessierte Bürger zu verkaufen.

3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

4 Anträge an den Rat der Stadt

Kein Tagesordnungspunkt

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 Schadensfall Hallenbad; Sachstandsbericht und weitere Vorgehensweise Vorlage: 241/2013

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass ein beauftragter Prüfstatiker festgestellt hat, dass Schäden an zwei Stützen im Hallenbad in Form von starker Korrosion vorliegen und sofortiger Handlungsbedarf gegeben ist. Die anderen 11 Stützen weisen ebenfalls Korrosionsbefall auf. Der Prüfstatiker hat nun empfohlen, die Stahlstützen mit fließendem selbstverdichtendem Beton zu füllen. Im Vorfeld sollten jedoch die Spannbetonbinder untersucht werden, da die vorhandenen Stahleinlagen erlahmen könnten.

Aufgrund der vorgestellten Situation ist ein Bauplan erstellt worden. Das Verfüllen der Stahlstützen nimmt ein Volumen von ca. 60.000,00 Euro ein. Dazu gehören die Gewerke für Rohbauarbeiten für das Befüllen der Stützen mit speziellen Pum-

pen, Schläuchen, die Stahlbauarbeiten, Gerüstbauarbeiten und Malerarbeiten sowie Fliesenarbeiten.

Verwaltungsseitig wird noch einmal deutlich gemacht, dass im ersten Arbeitsschritt die Spannbetonbinder untersucht werden müssen. Sind diese nicht mehr tragfähig, wäre ein enormer, unverhältnismäßiger, finanzieller Aufwand notwendig. Vorgesehen ist der Beginn der Arbeiten zum 01.07.2013. Abschließend wird noch einmal auf die schlechte finanzielle Haushaltslage hingewiesen und mitgeteilt dass diese unvorhergesehenen Kosten das zur Verfügung stehende geringe, mehrfach gekürzte, Budget der Bauunterhaltung stark belasten (vgl. Anlage).

Ausschussvorsitzender Ralle spricht sich dafür aus, dass man seiner Meinung nach die Bauunterhaltung nicht auch noch damit belasten dürfe ohne für finanziellen Ausgleich zu sorgen. Es soll in den einzelnen Fraktionen beraten werden.

6.2 Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass die Umsetzung der grundsätzlichen Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht nach der „Sommerpause“ unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgenommen werden soll.

In Bezug auf den Radweg entlang der Mühlenteichstraße hat nun der Landkreis Friesland als Fachaufsichtsbehörde die Stadt Varel aufgefordert, aufgrund einer vorliegenden Klage die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht vorzuziehen.

Eine Umbeschilderung für diesen Radweg wird somit sofort nach Bereitstellung der entsprechenden Schilder durch den Straßenbaulastträger von der Stadt Varel angeordnet.

6.3 Benennung von Straßen auf dem ehemaligen Kasernengelände Vorlage: 232/2013

Verwaltungsseitig wird vorgetragen, dass der Landkreis Friesland zurzeit einen ehemaligen Unterkunftsblock der Bundeswehr zum Kreisdienstleistungszentrum umbaut. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Panzerstraße. In Vorgesprächen hat der Landkreis Friesland signalisiert, dass er möglichst keine Hausnummer an der Panzerstraße erhalten möchte, so dass für den sich an die Panzerstraße anschließenden Straßenabschnitt möglichst bald ein Straßename vergeben werden sollte. Eine vollständige Umbenennung der Panzerstraße würde nicht dem Wunsch der Anlieger entsprechen, die sich im Rahmen einer im Winter 2010 durchgeführten Umfrage mit großer Mehrheit gegen eine Umbenennung ausgesprochen haben.

Im Zuge der Nachnutzung des ehemaligen Kasernengeländes werden dort möglicherweise weitere Straßenbenennungen erforderlich werden. Die Verwaltung regt an, sich möglichst auf eine Grundidee hinsichtlich der dort gewünschten Straßennamen zu verständigen. In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung auf den Antrag der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Varel aus dem Juni 2007 hin. Mit diesem Antrag wird gefordert, Frauen, insbesondere bekannte Frauen aus Varels Vergangenheit, bei der Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen stärker als bisher zu berücksichtigen. Auch andere Grundideen wären denkbar, z.B. Begriffe, die an die frühere Nutzung als Kaserne erinnern. In Anlehnung an das Kreisdienstleistungszentrum ggs. auch friesländische Begriffe, z. B. Gemeinde- und Städtenamen.

Die Verwaltung befürwortet den Vorschlag, die Straßen auf dem ehemaligen Kasernengelände nach Vareler Frauennamen zu benennen. Die erste zu benennende Straße, die das Kreisdienstleistungszentrum erschließt, sollte nach der bekannten Vareler Bildhauerin Judith-von-Eßen (* 06.03.1924; † 19.11.2004) benannt werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Kückens bestätigt noch einmal die Aussage der Verwaltung und weist daraufhin, dass es mit Hinweis auf den Gleichstellungsgedanken an der Zeit ist, Straßennamen nach bekannten Vareler Frauen zu benennen. Sie stellt fest, dass es die Elisabethstraße, Astrid-Lindgren-Ring sowie die Gertrud-Barthel-Straße gibt. Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene Frauengruppen nun beraten und eine Liste mit zehn bekannte Vareler Frauen vorgestellt (sh. Anlage).

Ratsherr Rathkamp schlägt vor, die Namensgebung in den einzelnen Fraktionen noch einmal zu beraten, da die Liste der vorgeschlagenen Frauen nicht mehr so geläufig ist und bittet um Anlage der Liste im Protokoll.

Bürgermeister Wagner stimmt dem Vorschlag von Ratsherr Rathkamp zu und weist darauf hin, dass das Kasernengelände in Anlehnung an das vorhandene Gewerbegebiet, dass eine Verbindung zum Kasernengelände erhalten soll, gegebenenfalls die gleichen weiterführenden Straßennamen erhalten sollten, z.B.. Hans-Schütte-Straße. Des Weiteren gibt es auch Anregungen aus der Bevölkerung, wonach es weitere bedeutende Personen gibt, die eine entsprechende Namensbezeichnung verdient hätten. Er wird den Fraktionen die Vorschläge für die Benennung der Straßennamen mitteilen.

Der Vorschlag wird vom Ausschuss zustimmend angenommen.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzender)

gez. Martina Zug
(Protokollführerin)